Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 12. Juli 1930

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Brüning in der Sackgasse.

SPD. Die Beratung der Deckungsvorlagen der Regierung im Steuerausschuss des Reichstags ist am Sonnabend vorzeitig beendet worden. Die Verhandlungen führten zu einer schweren Niederlage des Kabinetts und haben seine Hoffnung zerstört, dass es, lediglich gestützt auf die in sich uneinigen und im Parlamen nur eine Minderheit darstellenden Regierungsparteien, die Vorlagen durchbringen könnte. Nachdem bereits am Freitag wichtige Abänderungen der Regierungsvorschlage beschlossen worden waren, sind am Sonnabend alle vier Teile der Deckungsvorlage abgelehnt worden. Daraufhin erklärte Reichsfinanzminister Dietrich, dass die Regierung auf eine zweite Beratung im Steuerausschuss keinen Wert lege.

Der Verzicht auf eine zweite Beratung im Steuerausschuss bedeutet nicht, dass die Regierung ihre Vorlage zurückzieht. Er bedeutet lediglich, dass die Regierung von einer weiteren Beratung im Steuerausschuss keine Klärung der Lage erwartet und es vorzieht, die Verhandlungen im Plenum des Reichstages weiterzuführen, um dort eine Mehrheit zu erlangen. Auf welchen Tatsachen sich diese Hoffnung aufbaut, ist einstweilen nicht sichtbar. Am Sonnabend nachmittag haben zwar nochmals Besprechungen zwischen dem Reichsfinanzminister Dietrich und den Regierungsparteien stattgefunden. Ein positives Ergebnis ist aber auch in diesen Besprechungen nicht erzielt worden. Die Regierung hat wiederum erklärt, dass sie auf ihren Vorlagen bestehe, während die Regierungsparteien nur zum Teil bereit sind, sie in der von dem Kabinett beschlossenen Form anzunehmen. Die Hauptdifferenzpunkte bilden Meinungsverschiedenheiten über die Einführung der Kopfsteuer. Die Volkspartei macht die Einführung der Kopfsteuer zur Vorbedingung ihrer Zustimmung zu den Deckungsvorlagen. Die Demokraten dagegen wollen die Kopfsteuer nur als Eventualmöglichkeit für kleinere Gemeinden zulassen und fordern die Schankverzehrsteuer.

Wie die Regierung Brüning schliesslich aus der Sackgasse herauskommen will, weiss sie auch heute noch nicht. Bisher lief ihre ganze Politik darauf hinaus, den Zerfall der Deutschnationalen Partei zu fördern und sich mit Hilfe der von Herrn Hugenberg loszulösenden Gruppen eine Mehrheit zu verschaffen. Diesem Zweck dienten auch die Deckungsvorschläge, von denen man erwartete, dass sie auf der Rechten im Zusammenhang mit dem Abbau der Sozialleistungen Annahme finden würden. Anscheinend aber reizt die Deutschnationalen weder der Abbau der Sozialpolitik noch die Osthilfe, in das lecke Schiff des Herrn Brüning einzusteigen. Man ist auch im deutschnationalen Lager überzeugt, dass dieses Schiff in absehbarer Zeit stranden muss und der Kladderadatsch auf die Dauer kaum zu vermeiden ist.

Die Deutsche Volkspartei aber hat bisher weder die Absicht noch die Hoffnung auf die Unterstützung des Kabinetts durch die Deutschnationalen aufgegeben. Ihr Festhalten an der Kopfsteuer, der reaktionärsten steuerlichen Massnahme, die sich überhaupt denken lässt, wird in erster Linie von der Ab-

sicht bestimmt, dadurch schliesslich doch noch die Deutschnationalen gewinnen zu können. Sie will unter keinen Umständen die Verbindung mit den Deutschnationalen aufgeben, weil damit zugleich ihre reaktionären Absichten scheitern würden. In dieser Auffassung wird die Volkspartei durch die Haltung des Reichskanzlers und des Zentrums bestärkt. Auch das Zentrum, das im März den Sturz der Regierung Müller mit verursacht hat, scheut sich vor dem Eingeständnis, dass das damalige Verhalten falsch war und ohne die Sozialdemokratie eine tragfähige Mehrheit im jetzigen Reichstag nicht herzustellen ist. Daher das Werben um die Deutschnationalen, daher die verfassungswidrigen Drohungen mit dem Artikel 48.

\+ + +

Die Absicht der Reichsregierung geht dahin, ihre Deckungsvorlagen in zweiter Lesung am Dienstag und Mittwoch im Plenum des Reichstags beraten zu lassen Der Reichskanzler wird die Beratungen mit einer Erklärung der Regierung einleiten. Falls vor oder während der zweiten Lesung eine Mehrheit für die Dekkungsvorlagen gefunden werden sollte, wird die Schlussabstimmung am Freitag stattfinden.

SPD. Paris, 12.Juli (Eig.Drahtb.)

Die Antwort der österreichischen Bundesregierung auf die Europa-Rundfrage Briands ist am Sonnabend in Paris überreicht worden. Die österreichische Regierung beglückwünscht Briand, dass er seinen Vorstoss gerade im richtigen Augenblick unternommen habe und spricht die Hoffnung aus, dass er nach den zahlreichen Misserfolgen isolierter Bemühungen "endlich die fehlende Ordnung in das allgemeine Streben nach dem Europabund" bringen möge. Ausserdem betont die österreichische Regierung, dass eine möglichst grosse Zahl von Staaten an dem Bund teilnehmen und die fernstehenden Völker zur Mitarbeit zugelassen werden sollten, sowie der neue Bund in ständiger Fühlung mit dem Völkerbund arbeiten möge. Schliesslich wird der Vorbehalt gemacht, dass vor der rationellen Organisation der europäischen Wirtschaft jede Kriegsgefahr beseitigt und die politischen Streitpunkte im neuen Geiste und in voller Wahrung der Gleichberechtigung beigelegt werden müssten.

SPD. Der Waffenfund bei einem Berliner Nationalsozialisten dürfte u.a. auch für den Potsdamer Polizeipräsidenten von Zitzewitz ein Nachspiel haben, das dieser deutschnationale Beamte bei einiger Zurückhaltung in der Affäre Dörre durchaus hätte vermeiden können. Zitzewitz hat zu dieser Affäre am Sonnabend eine Verlautbarung verbreiten lassen, von der wir nur sagen können, dass sie eines deutschnationalen Beamten würdig ist.

Es steht fest, dass jener Dörre zu den Nationalsozialisten enge Beziehungen unterhalten hat. Eine Tatsache, die zweifellos geeignet ist, die Potsdamer Polizeiverwaltung, in deren Dienst Dörre gestanden hat, gerade nicht in günstigem Licht erscheinen zu lassen. Insofern ist es begreiflich, wenn der Potsdamer Polizeipräsident versucht hat, sich und seine Behörde zu rechtfertigen. Er tat es, wie es nur ein deutschnationaler Beamter tun konnte, indem er die Angehörigen des Dörre über deren politische Gesinnung vernehmen liess, um damit zu beweisen, dass Dörre nicht im Sinne der Nationalsozialistischen Partei tätig gewesen ist. Weil seine Schwester in Berlin "bis vor kurzem für sozialdemokratische Blätter gearbeitet" haben soll, Dörre angeblich ein demokratisches Berliner Blatt gelesen und bei den Wahlen nach den Aussagen seiner Frau für die Demokratische Partei gestimmt hat, soll er nationalsozialistischen Gedankengängen nicht zugeneigt gewesen sein. Eine seltsame Logik. Seit wann besagt die Gesinnung einer Schwester etwas für die Gesinnung des Bruders und

warum sollte jemand, der vor Jahren einmal demokratisch gewählt hat, heute nicht nationalsozialistisch denken können? Ausschlaggebend für die Beurteilung der Affäre Dörre ist doch nicht, wie seine Geschwister und Angehörigen politisch gesinnt sind oder waren, ausschlaggebend ist, dass Dörre mit dem Nationa sozialisten Hoppe Waffengeschäfte gemacht hat.

Wenn der Potsdamer Polizeipräsident es trotzdem fertig gebracht hat, zu seiner Rechtfertigung und zu der seiner Behörde die Gesinnung der Angehörigen des Dörre nachprüfen zu lassen und von dieser Nachprüfung auch noch öffentlich Gebrauch zu machen, so zeugt das von einem Geisteszustand, der u.E. in der preussischen Verwaltung nicht geduldet werden sollte.

SPD. Prag, 12.Juli (Eig.Drahtb.)

In der Antwort der tschechoslowakischen Regierung auf Briands Europa-Memorandum wird die Anregung Briands begrüsst und betont, dass seine Absichten durchaus der Friedenspolitik der Kleinen Entente entsprechen. Die tschechische Regierung wünsche, dass sich das Bestreben nach Schaffung einer europäischen Föderation im Rahmen und im Geiste des Völkerbundes bewegen und in voller Zusammenarbeit mit dem Völkerbund entwickeln möge. Mitglieder der neuen Föderation sollten sämtliche europäische Staaten unter voller Wahrung ihrer Gleichberechtigung und ihrer Souveränität werden. Diese Bestrebungen seien jedoch nur etappenweise durchzuführen.

SPD. Bombay, 12.Juli (Eig.Drahtb.)

Die letzten Strassenkämpfe in Bombay sind weitaus ernster gewesen als es die ersten amtlichen Nachrichten vermuten liessen. Die öffentlichen Plätze, auf denen sich die Demonstrationen bewegten und auf denen sich die Kämpfe abspielten, glichen wahren Schlachtfeldern. Allein in den Hospitälern haben 500 Verletzte Unterkunft gefunden. Von den indischen Organisationen wurde zum Protest für ganz Indien ein eintägiger Generalstreik ausgerufen.

SPD. London, 12.Juli (Eig.Drahtb.)

Der Tod des deutschen Generals von Bernhardi gibt der gesamten englischen Presse Gelegenheit, an "die unheilvolle Tätigkeit dieses alldeutschen Kriegspropagandisten" zu erinnern. Auf breitestem Raum und sogar in Leitartikeln wird in allen Blättern der Lebenslauf und die Tätigkeit des Verstorbenen geschildert und auf die weite Verbreitung hingewiesen, die seine Bücher vor dem Kriege im Auslande gefunden haben. D e Blätter zitieren besonders die Schrift: "England als deutscher Vasall" und die Worte, dass Neutralitätsverträge mit Belgien, Holland und der Schweiz nur "Fetzen Papier" seien, dass "der Krieg eine biologische Notwendigkeit und als Kulturträger ersten Ranges unvermeidlich" wäre und Landzuwachs für starkwachsende Völker ermöglicht werden müsste. Einige Zeitungen sagen, dass es Deutschland General von Bernhardi und seinem Kreise verdanke, wenn ihm vom Ausland die Hauptschuld am Kriegsausbruch zugeschrieben werde. Schliesslich protestierte die "Times" gegen jene von Berliner Zeitungen zum Tode Bernhardis gebrachten Kommentare, die behaupten, Bernhardi habe wenig Einfluss in Deutschland besessen. Wohl sei die Gruppe Bernhardi klein gewesen, meint die "Times", aber mächtig und einflussreich genug, um die deutsche Politik in einem gewissen Grade zu beeinflussen.

SPD. Täbris, 12.Juli (Eig.Drhtb)

Der Kampf zwischen Kurden und Türken in den beiden türkischen Ostprovinzen Bajasid und Wan ist immer noch nicht zum Stillstand gekommen. Über die Lage auf dem Kriegsschauplatz liegen hier folgende Informationen vor :

Die um die Monatswende in Karaköse (Kara-Kilisse) zusammengezogene türkische Ostarmee, bestehend aus drei Armeekorps und mehreren Hilfsformationen mit insgesamt 35 - 40 000 Mann, setzt unter dem Kommando des Generals Isseddin Pascha ihren Vormarsch in östlicher Richtung gegen die persische Grenze fort. Der grösste Teil der beiden Provinzen Wan und Bajasid befindet sich noch in der Gewalt der Aufständischen. Die mitten durch das Gebiet führende grosse Strasse Erserum-Täbris ist jedoch von türkischen Truppen besetzt. Von hier aus operieren die Türken nach zwei Seiten, nach dem Norden und Süden. Der grössere Teil der türkischen Ostarmee zieht seit einigen Tagen einen immer engeren Kordon um das Bergmassiv des Ararat in der Absicht, den Aufständischen den Rückzug über die persische Grenze abzuschneiden. Ein Versuch der Kurden vom Ararat, südlich nach Baschkale und Wan durchzubrechen, führte nur zu einem vorübergehenden Erfolg. Als einige tausend Kurden sich über die Ebene am Fuss des Ararat ausbreiteten, wurden sie von einer türkischen Kavalleriebrigade überrascht und unter grossen Verlusten zurückgeworfen. Die türkische Heeresleitung hofft, die Umfassungsoperation spätestens in 5 Tagen beendet zu haben und am 17. oder 18.Juli den entscheidenden Schlag gegen den Ararat führen zu können. Nach Süden zu verhalten sich die Türken zunächst defensiv. Hier liegt das Zentrum des Kurdenaufstandes im Supan-Gebirge. Die Versuche der Kurden vom Supan-Dagh nach dem Osten durchzubrechen, hatten auch nur vorübergehenden Erfolg. In zwei blutigen Gefechten bei Erdschisch und Muradie wurden sie auf den Supan-Dagh zurückgeworfen.

Die Türken beabsichtigen offenbar, erst den Aufstand im Ararat niederzuwerfen und sich dann mit ihrer Hauptmacht südlich gegen den Supan-Dagh zu wenden. Die weitere Entwicklung der Dinge ist jedoch schwer vorauszusagen. Die Türken sind den Kurden zahlenmässig und technisch überlegen, während die Kurden das Kampfgebiet besser kennen und viel beweglicher sind als die türkischen Truppen Sie operieren dazu nach modernen strategischen und taktischen Grundsätzen. So war der Vorstoss vom Ararat und der vom Supan-Dagh planmässig vorbereitet und darauf angelegt, von Norden und Süden gegen die grosse Strasse Erserum-Täbris vorzustossen und die türkische Operationslinie zu durchschneiden.

Die Haltung der persischen Militärbehörden gegenüber dem Aufstand ist geteilt. Das Generalgouvernement in Täbris arbeitet den Türken offensichtlich in die Hände und versucht, auf persisches Gebiet übertretende oder dort Verstärkungen organisierende Kurdenführer möglichst zu verhaften. Das mittlere Offizierskorps der persischen Grenztruppen dagegen sympathisiert ebenso offensichtlich mit den Kurden und gewährt ihnen vielfach Hilfe und Unterstützung.

SPD. New York, 12.Juli (Eig.Bericht)

Die immer schärfer ausgeprägte amerikanische Wirtschaftsdepression beginnt sich jetzt auch in den Finanzen der Gewerkschaften auszuwirken. So tragen sich die führenden Gewerkschaften mit dem Gedanken, die Gehälter ihrer Funktionäre abzubauen und die Geschäftsunkosten zu verringern. In manchen Fällen sind den leitenden Beamten freiwillige Gehaltskürzungen bereits nahegelegt worden.

Die Gehälter, die die Gewerkschaften in den letzten Jahren für ihre leitenden Beamten bewilligten, lassen sich sehr wohl mit den Gehältern der Vizepräsidenten der amerikanischen Banken und Industriebetriebe vergleichen. So erhalten die Vorsitzenden des Musikerverbandes und des Bühnenarbeiterverbandes je 20 000 Dollar jährlich; dazu Spesenzuschüsse, die häufig die Hälfte des Jahresgehalts erreichen. Die Gewerkschaften der Lastwagenführer, der Betriebsmaschinisten und der Konstruktions-Eisenarbeiter bezahlen ihren Präsidenten

je 15 000 Dollar jährlich, wozu gleichfalls erhebliche Spesensätze treten. Die Präsidenten des amerikanischen Grubenarbeiterverbandes und des Verbandes der Fahrstuhl-Bauarbeiter beziehen 12 000 Dollar pro Jahr. Fünf andere Gewerkschaften weisen Jahresgehälter von 10 000 Dollar und Sonderfonds für ihre Vorsitzenden aus. Die zahlreichen übrigen Gewerkschaften zahlen Gehälter, die sich zwischen 9 000 und 5 500 Dollar bewegen, jedoch nie unter 5 000 Dollar sinken. So zahlen die Asbest-Arbeiter und die Steinklopfer mit ihren geringen Beständen von 3 500 bezw. 5 600 Mitgliedern ihren Präsidenten gleichfalls 6 000 und 5 500 Dollar jährlich. Die Sekretäre beziehen in manchen Fällen die gleichen Gehälter wie die Vorsitzenden, in anderen Fällen 2/3 und nur in wenigen Gewerkschaften die Hälfte der Präsidentengehälter. Dazu kommen noch Hilfskräfte, die gleichfalls sehr gut bezahlt werden.

SPD. Paris, 12.Juli (Eig.Drahtb.)

Der überstürzte Abschluss der parlamentarischen Session, zu der die französische Regierung aus Furcht vor der Opposition ihre Zuflucht genommen hat, hat den Nimbus des starken Mannes, den Tardieu seit einem Jahre um sich zu breiten verstanden hat, für immer zerstört. Diese Flucht in die Ferien hat zwar die Existenz des Kabinetts bis zum Herbste sichergestellt, das Eingeständnis der eigenen Schwäche aber, das die Regierung mit ihrem Gewaltstreich abgelegt hat, hat bis in die Reihen ihrer Mehrheit einen so peinlichen Eindruck hinterlassen, dass es selbst für Tardieu nicht leicht sein wird, den Verlust an Prestige und persönlicher Autorität ohne weiteres wieder wettzumachen.

Das Kabinett, in dem dank der Schwäche der bürgerlichen Mittelparteien die Reaktionären dominieren, hat seit einer Woche in Kammer und Senat Niederlage auf Niederlage erlitten. Gegen seinen Willen hat das Parlament die offizielle Feier des 50.Jahrestages der Einführung der Laienschule beschlossen, gegen seinen Willen die von dem Ministerium Poincaré mit einer Privatgesellschaft abgeschlossenen Petroleumverträge verworfen und im Senat, dem Tardieu durch Stellung der Vertrauensfrage seinen Willen aufzuzwingen versuchte, haben lediglich 2 oder 3 Überläufer von der Linken das Ministerium vor dem sicheren Sturze bewahrt. Die Opposition, für die der Ministerpräsident noch bis in die jüngsten Wochen nur Hohn und billige Ironie übrig hatte, hat Tardieu zu kläglicher Kapitulation gezwungen. Der Offensive, die ihm von der nach langen Monaten der Uneinigkeit und Spaltung zu einer Einheitsfront zusammengeschlossenen Linken drohte, hat er sich durch eine jämmerliche Flucht entzogen.

Von den kühnen Reformprojekten, die Tardieu in seiner grossprecherischen Regierungserklärung angekündigt hat, ist bisher nicht eines verwirklicht worden. Noch vor einer Woche hat der Ministerpräsident erklärt, dass er das Parlament nicht in die Ferien gehen lassen werde, bevor es nicht seinen famosen Fünfjahresplan zur Hebung von Industrie, Handel und Landwirtschaft verabschiedet habe. Dieser Plan ist ebenso auf der Strecke geblieben, wie der von der Regierung als unaufschiebbar bezeichnete Milliardenkredit zur Ergänzung der Rüstungen und die Kolonialanleihe, die den überseeischen Besitzungen Frankreichs die dringendst benötigten Mittel zum Ausbau ihrer wirtschaftlichen Kräfte schaffen sollten.

Niemals hat in Frankreich eine Regierung dem Lande grössere und glänzendere Versprechungen gemacht, niemals die auf sie gesetzten Hoffnungen kläglicher enttäuscht, als das Ministerium Tardieu. Es hat nur eines verstanden: die Reklametrommel für sich mit amerikanischem Tamtam zu schlagen. Für das Land ist aber bei all dem so gut wie nichts herausgekommen und der "Populaire" trifft den Nagel auf den Kopf, wenn er das Ministerium Tardieu das Kabinett des Bluffs, des Schwindels und der Illoyalität bezeichnet. Das Land dürfte ihm bei den nächsten Wahlen die Antwort nicht schuldig bleiben.

SPD. Zürich, 12.Juli (Eig.Drahtb.)

Die vom Sekretär der Sozialistischen Arbeiter-Internationale herausgegebene "Internationale Information" veröffentlicht einen Aufruf des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Finnlands an die Arbeiter aller Länder in dem es u.a. heisst :

"Die unverantwortliche Politik der finnischen Kommunisten hat die faschistischen Bestrebungen in der letzten Zeit ungeheuer gefördert. Die in Finnland betriebene kommunistische Propaganda ist zwar unfähig, die bestehende staatliche Ordnung ernstlich zu bedrohen. Indem sie aber in Russland ihre Stütze such für die unabhängige staatliche Stellung und die gesetzliche Ordnung des eigenen Landes missachtet, hat sie in den patriotischen Kreisen der finnischen Bevölkerung lebhafte Entrüstung erweckt. Diese Entrüstung nutzen die reaktionären Kreise aus, um auch solche Elemente unter ihre Führung zu bringen, die sonst keineswegs willig wären, die Reaktion zu fördern. Die Leidenschaften werden aufgepeitscht, sodass eine ruhige Überlegung erschwert wird. Eine ganze Reihe von faschistischen Untaten hat ein Gefühl der Unsicherheit hervorgerufen.

In dem Aufruf wird dann über die Politik der Regierung berichtet, die, um den Wünschen der Reaktionäre entgegenzukommen, im Reichstag Gesetze eingebracht habe, durch die die wichtigsten staatsbürgerlichen Rechte eingeschränkt werden sollten. Die finnische Sozialdemokratie habe seit Anbeginn der kommunistischen Bewegung in ihrer Aufklärungsarbeit den Kommunismus bekämpft und dieser habe seinen Einfluss zum grossen Teil bereits verloren. Zugleich aber bekämpfe die Sozialdemokratie die Bestrebungen der Reaktion, die die angebliche kommunistische Gefahr ausnutzen, um die Rechte der Arbeiterschaft und der Demokratie zu bedrohen. Schliesslich heisst es in dem Aufruf: "Wir bedürfen der Unterstützung der Arbeiter anderer Länder, wenn wir gegen mächtige reaktionäre Kräfte die Demokratie und die Möglichkeit eines künftigen sozialen Fortschritts verteidigen."

SPD. Amsterdam, 12.Juli (Eig.Drhtb)

Die Vorstände des Niederländischen Gewerkschaftsbundes und der niederländischen Sozialdemokratie protestieren in einem Aufruf an das niederländische Volk gegen die niederländische Flottenvorlage, die bis 1940 die Verausgabung von 120 Millionen Gulden für Flottenneubauten vorsieht. Die Organisationen kündigen eine Massenpetition über die Flottenvorlage an die Kammern an und fordern alle Anhänger des Abrüstungsgedankens zur Unterzeichnung dieser Petition auf.

SPD. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags nahm am Sonnabend in der Weiterberatung der Krankenversicherungsnovelle eine von den Sozialdemokraten beantragte Verbesserung an, wonach durch Satzung Sterbegeld nicht nur den Ehegatten oder Kindern, sondern auch sonstigen in häuslicher Gemeinschaft lebenden Angehörigen gewährt werden kann.

Die Frage der Betriebs- und Innungskrankenkassen löste eine grosse Debatte aus. Der von Litke (Soz) begründete Antrag, dass zur Errichtung solcher Kassen statt 150 mindestens 1000 und bei gemeinsamen Betriebskrankenkassen 2000 Versicherungspflichtige erforderlich sein sollen, wurde abgelehnt. Ministerialdirektor Grieser betonte, die Vorlage bringe insofern einen Fortschritt, als die Errichtung der Kassen nur noch für das Handwerk, nicht mehr für gemischte Innungen zugelassen werde. Die Regierungsvorlage wurde unter Ablehnung aller Verbesserungsanträge angenommen. Durch einen Zusatz der Regierungsparteien wurde noch eine Erweiterung beschlossen, wonach mehrere Innungen gemeinsam eine Kasse errichten können.

Für die Beitragsfestsetzung begründete Litke (Soz) einen Antrag, wonach

die Beitragsgrenzen so wie bisher bei 7½ und 10% bleiben sollen. Nach dessen Ablehnung beantragten die Sozialdemokraten die Grenzen auf 6,6 und 9 % festzusetzen. Auch das wurde abgelehnt. Die Regierungsvorlage wurde angenommen; damit sind 6 % und 9 % festgelegt.

Aufhäuser (Soz) begründete einen Antrag, der bei dem Ausscheiden einer Innungs- oder Betriebskrankenkasse aus einer Ortskrankenkasse die Übernahme des Personals sicherstellen soll. Die Abstimmung über diesen Antrag wurde zurückgestellt; die Regierung soll bis Montag einen Vorschlag machen. Angenommen wurde ein Antrag, wonach für den Fall des Todes eines Mitgliedes der überlebende Ehegatte, wenn er nicht selbst versichert ist, die Mitgliedschaft unter den selben Voraussetzungen wie ein Mitglied fortsetzen kann.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der die Mindestzahl der Ausschussmitglieder auf 9 festsetzt, wurde angenommen. Ein sozialdemokratischer Antrag, wonach für die Krankenkassenangestellten der Tarifvertrag den Vorrang vor der Dienstordnung haben soll, wurde von dem Zentrumsabgeordneten Becker-Arnsberg in einer geradezu unglaublichen reaktionären und tariffeindlichen Weise bekämpft. Schliesslich gelangte aber gegen Becker mit 15 gegen 13 Stimmen eine Entschliessung zur Annahme, in der die Reichsregierung ersucht wird, alsbald eine Vorlage über die Dienstvertragsverhältnisse der in der Sozialversicherung tätigen Arbeitnehmer zu machen, worin der Vorrang des Tarifvertrags vor der Dienstordnung gesichert wird. -

Weiterberatung Montag.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 12.Juli (Eig.Bericht)

Der Reichstag erledigte am Sonnabend ohne Aussprache die dritte Beratung des Gesetzes über aufgewertete Hypotheken, ferner über die Grundbuchbereinigung. Dann wurde in zweiter Beratung der Gesetzentwurf über die Vermahlung von Inlandsweizen verhandelt. Das zurzeit in Geltung befindliche Gesetz über die Vermahlung von Inlandsweizen tritt mit dem 31.Juli 1930 ausser Kraft. In der Begründung des Gesetzes weist die Regierung darauf hin, dass durch den Vermahlungszwang die Einfuhr von Weizen stark zurückgegangen und es gelungen sei, den Weizenpreis in Deutschland zu stützen und von der Weltmarktlage unabhängiger zu machen.

Die sozialdemokratische Abgeordnete Frau Mathilde Wurm sprach gegen den Gesetzentwurf. Infolge der deutschen Weizenpolitik sei der Preisunterschied zwischen deutschem und etwa gleichwertigem ausländischen Weizen bis auf 120 Mark für die Tonne gestiegen. Man könne auf die Dauer nicht verantworten, dass bei sinkendem Weltmarktpreis der deutsche Weizen hoch bezahlt werde. Das sei eine Ungerechtigkeit und eine Rücksichtslosigkeit gegenüber einem Volke, wo Millionen Menschen erwerbslos sind. Die Sozialdemokratie werde einem Gesetz, das nahezu Wucher mit inländischem Weizen treibe und die Konsumenten schädige, ohne der Gesamtheit der Landwirte zu nützen, nicht zustimmen. Auch der Abg. Hoernle (Komm) sprach lebhaft gegen den Gesetzentwurf. Der sozialdemokratische Abg. Peine begründete einen sozialdemokratischen Antrag, der versucht, in das Gesetz über den Vermahlungszwang die Bestimmung über Kenntlichmachung des Brotgewichts hineinzubringen, die vor einigen Tagen bei dem Roggenbrotgesetz mit knapper Mehrheit abgelehnt wurde. Die bürgerliche Mehrheit stimmte aber diesen Antrag und andere sozialdemokratische und kommunistische Anträge nieder. Die Schlussabstimmung wurde ausgesetzt.

Zur dritten Beratung des Gesetzes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat nahm der deutschnationale Abg. Dr. Everling das Wort, der sich in den bei ihm gewohnten Ungezogenheiten über die Reichsverfassung erging. Auch die Abstimmungen über diese Gesetzesvorlage wurden ausgesetzt. - Nächste Sitzung: Montag 15 Uhr. Auf der Tagesordnung steht u.a. der Warenaustausch zwischen Saargebiet und deutschem Zollgebiet, Auflösung des Reichsausgleichsamts, Arbeitsbeschaffungsprogramm, Osthilfe, Weingesetz, Bahnbauprogramm der Reichsbahn und die heute zurückgestellten Abstimmungen.

Aus aller Welt

Riesenbrand eines Warenhauses.

Zehntausend sehen zu – Die Nachtwächter in den Flammen – Ueber 30 Millionen Francs Schaden.

SPD. Paris, 12. Juli (Eig. Bericht)

In den "Nouvelles Galeries" auf dem Boulevard Bonne-Nouvelle kann der Mensch alles kaufen, was er für seine Bedürfnisse braucht, sofern er über die nötigen Francs verfügt. Vier Etagen ist diese kleine Stadt hoch und es bekommt vom schicken Abendkleid der Pariserin bis zum Kohleneimer und zum Bündel Haarnadeln jeder das, was er haben will. Wenn also der Abend hereinbricht, flammen die "Nouvelles Galeries" im Feuer pompöser Lichtreklamen auf, die das riesige Gebäude in taghellem Licht erstrahlen lassen. In Paris ist das Warenhaus sehr populär, und die Leute, die sich gern ohne viel Unkosten einmal ein wenig umsehen wollen, spazieren mit Vorliebe in die "Nouvelles Galeries", wo es so unsagbar viel anzustaunen gibt.

+

Das alles aber war einmal. – Die "Nouvelles Galeries" sind, mit all ihrer glitzernden Pracht, ihren Fahrstühlen, ihren Erfrischungsräumen und all dem, was sonst noch zu einem grossen Warenhaus gehört, in einer Nacht zum Sonnabend bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Es ist kurz nach Mitternacht. Der Boulevard Bonne-Nouvelle ist noch recht belebt, als plötzlich um das hohe Gebäude der "Nouvelles Galeries" braunschwärzliche Rauchwolken zu ziehen beginnen. Rasch wird man aufmerksam. Die Menschen sammeln sich an, Hunderte, Tausende... der Verkehr stockt. Als die Feuerwehr heraneilt, bricht die Flamme schon aus allen Stockwerken. Blutrot ist der Himmel gefärbt, die Flammenzungen haben den gesamten Boulevard in ein feuriges bengalisches Licht versetzt. In den umliegenden Häusern hört man das Klirren der zerplatzten Fensterscheiben, die der grossen Hitze nicht standzuhalten vermögen. Als sich ein leichter Wind aufmacht, bricht aus dem lichterloh brennenden Warenhaus ein gefährlicher Funkenflug, der die Nachbarschaft sehr ernstlich gefährdet. Als sich der Wind verstärkt und brennende Stoffteile weit in die Umgegend fliegen, müssen einige Häuser vom Dach bis zum Keller geräumt werden.

+

Inzwischen ist die gesamte Pariser Feuerwehr alarmiert, die aus vielen Rohren gewaltige Wassermengen auf den brennenden Warenpalast und die gefährdeten Häuser der Umgegend schleudert. Polizei sperrt den Boulevard Bonne-Nouvelle in weitem Umkreis ab, die Menge, die schon auf mindestens 10 000 und mehr Köpfe angewachsen ist, ist in grosser Erregung und versucht, den starken Polizeikordon zu durchbrechen. Weithin ist die ganze Pariser Innenstadt von der gewaltigen Brandfackel der "Nouvelles Galeries" phantastisch beleuchtet, das fressende Knirschen der Flammen, die an den Warenhausbeständen üppige Nahrung finden, ist in halb Paris zu hören. Als der grosse, weithin ragende Eckturm des Hauses unter fürchterlichem Krachen zusammenstürzt, droht eine Panik auszubrechen. Die Feuerwehrleute arbeiten bei unerträglicher Hitze und immer in der Gefahr, von herunterstürzenden Balken und Haustrümmern getroffen zu werden, fieberhaft.

+

Plötzlich geht ein Aufschrei durch die Rettungsmannschaft. Aus dem brennenden Gebäude sieht man die Nachtwächter winken, die vom Feuer überrascht

wurden und nun von der rettenden Aussenwelt abgeschnitten sind. Versuche der Nachtwächter, aus dem brennenden Gebäude auf die Strasse zu springen, misslingen. Die Unglücklichen sind in höchster Lebensgefahr. Schliesslich werden Leitern angesetzt, unter Ueberwindung allergrösster Schwierigkeiten dringen die tapferen Feuerwehrmänner in das Flammenlabyrinth ein und retten die Nachtwächter vom sicheren Tode. Gegen 2 Uhr nachts wird die Situation ungemein kritisch, als der Wasserdruck nachlässt und die Feuerwehrspritzen auszusetzen beginnen. Zum Glück war der Wassermangel bald überwunden, sonst wäre eine Katastrophe von fast unausdenkbarem Ausmass kaum zu verhüten gewesen.

+

Die "Nouvelles Galries" hatten hauptsächlich Angehörige des kleineren Bürgertums zu Kunden, der Schaden, der durch Versicherung gedeckt ist, ist schwer abzuschätzen; man spricht von Werten in Höhe von mehr als 30 Millionen Francs, die die Brandkatastrophe vernichtet hat. Die technischen Einrichtungen des niedergebrannten Warenhauses waren leider nicht so auf der Höhe, wie es im Interesse der Sicherheit des Publikums notwendig war. Es ist nicht auszudenken, welchen Umfang die Katastrophe wohl angenommen hätte, wenn das Feuer am hellen Tage, in der Hauptbesuchszeit ausgebrochen wäre. Eine polizeiliche Untersuchung ist eingeleitet. Die Pariser aber wandern in Scharen auf den zur traurigen Berühmtheit gewordenen Boulevard Bonne=Nouvelle und besehen sich die rauchenden Trümmer des grossen Warenhauses "Nouvelles-Galeries".....

\+ + +

Schnelle Sühne. Vor dem Schnellgericht beim Amtsgericht in Berlin wurde am Sonnabend der vielfach vorbestrafte Einbrecher Neumann zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren und neun Monaten verurteilt. Die Gerichtsverhandlung war insofern aussergewöhnlich, als bei der Ermittlung des Täters wieder einmal überirdische Mächte die Geschäfte der Kriminalpolizei besorgt haben sollten. Diesmal war das Medium kein gewerbsmässiger Scharlatan, sondern ein braver Berliner Glasermeister, der am vorhergegangenen Sonntag mittag um 1 Uhr mit Weib und Kind ins Freie gezogen war und abends um 7 Uhr seine Wohnung von Einbrechern völlig demoliert und ausgeraubt vorgefunden hatte. Schreibtisch und sämtliche Schränke waren aufgebrochen, Wäsche, Silber, Anzüge, Kleider, Schmuck und zahllose nützliche Kleinigkeiten verschwunden. Der Meister schätzte den Sachschaden auf 3 000 Mark. Dazu hatten die Einbrecher den für die Steuer zurechtgelegten Betrag von 150 Mark auch noch mitgenommen. Die aufmerksame Nachbarin berichtete, sie hätte zur Kaffeezeit zwei solide aussehende Männer mit grossem Gepäck auf dem Hofe gesehen und die braven Leute bedauert, die am heiligen Sonntag so schwer zu tragen hätten. Der Meister schickte am Montag seinen Neffen durch alle Pfandleihen in der Nähe des Alexanderplatzes, ohne dass eine Spur der verschwundenen Sachen zu finden war.

In der Nacht zum Dienstag hatte er eine Vision: im Traum erschien ihm der ihm völlig unbekannte Pfandleihenbesitzer Lehmann aus seinem Stadtviertel und berichtete, dass in seiner Pfandleihe ein Teil der beschriebenen Sachen versetzt worden sei. Der Glasermeister gab nichts auf diese überirdische Information, musste aber auf Anraten seiner Frau den Pfandleiher Lehmann aufsuchen – und siehe da: die überirdischen Mächte funktionierten sicherer als die Kriminalpolizei. Lehmanns leibhaftige Gestalt entsprach genau der geträumten Vision; nur forderte der leibhaftige Lehmann im Gegensatze zu dem Traumgesicht erst einmal 30 Mark für die Mühe des Nachsehens. Dann beförderte er prompt zwei Anzüge und Mäntel des Glasermeisters ans Licht. Sogar Name und Adresse des Mannes, der die Sachen versetzt hatte, waren richtig angegeben.

Der Einbrecher, der noch nicht wusste, dass höhere Gewalten sein Verderben beschlossen hatten, versuchte zum Ueberfluss noch einen zweiten Einbruch im gleichen Stadtviertel. Festnahme und Haussuchung förderten Werkzeuge und den Waschkorb des Glasermeisters zu Tage. Nur fehlte der zweite Gehilfe, der mit

den meisten Sachen spurlos verschwunden war. Der überführte Einbrecher war kein Neuling und hatte schon den grössten Teil seines Lebens in Gefängnissen und Zuchthäusern zugebracht. Er berichtete von einer schweren Brustfellverei=terung, die ihn seit Wochen arbeitsunfähig gemacht hätte, und versuchte zu=nächst, die Verhandlung durch Schwächeanfälle unmöglich zu machen. Trotzdem verschmähte er die angebotene Vertagung und Ueberweisung an ein Schöffenge=richt und nahm ohne viele Einwände das Urteil des Schnellrichters an.

\+ + +

Der Henker als Lebensretter. In einem Gerichtsgebäude in Budapest er=schien der 30jährige Privatbeamte Joseph Hankoczy, erstattete gegen sich selbs eine schwerwiegende Verleumdungsanzeige und verlangte seine sofortige strenge Bestrafung. Als ihm mitgeteilt wurde, dass seinem Wunsche nicht sofort entspro=chen werden könnte, zog Hankoczy ein scharf geschliffenes Messer und wollte es sich in die Brust stossen. Zufällig kam der staatliche Henker Paul Balacz ins Zimmer und entriss dem offenbar geistig gestörten Selbstmordkandidaten das Messer.

\+ + +

Grossfeuer in Südtirol. Durch eine Feuersbrunst wurden in dem südtiroler Orte Schlanders achtzehn Wohnhäuser vernichtet. Mehrere Wirtschaftsgebäude, Vieh, Maschinen und die Ernte fielen den Flammen zum Opfer.

\+ + +

Gattenmord aus Eifersucht. Am Sonnabend erwürgte in Kopenhagen der 25=jährige Maschinenarbeiter Thorkild Jensen seine 22=jährige, von ihm getrennt le=bende Ehefrau. Das Motiv zu der Tat ist Eifersucht. Der Mörder versuchte sich zu vergiften. Der Versuch misslang jedoch. Jensen wurde verhaftet.

\+ + +

Bücherdiebstahl. In den Räumen des "Royal Army Medical Corps College" in London wurde eine Anzahl äusserst wertvoller Manuskripte, Bücher und Medail=len gestohlen, die hauptsächlich für Kunsthändler oder private Sammler von Wer sind. Unter den gestohlenen Gegenständen befinden sich u.a. ein Landkarten=werk aus dem Jahre 1463, eine Ausgabe der Fabeln des Aesop aus dem Jahre 1687, ein kostbares Exemplar des Koran, die mit Tinte in armenischer Sprache ge=gen Ende des 16. Jahrhunderts geschriebene sogenannte "Sharagan=Bibel" und ei=ne Anzahl sehr seltener medizinischer Werke. Bisher sind die Nachforschungen nach dem gestohlenen Gut und nach den Tätern erfolglos geblieben. Die Londoner Polizei vermutet, dass die Diebe sich nach dem Festland gewandt haben, und hat deshalb auch die europäischen Polizeibehörden um ihre Mitwirkung bei der Er=mittlung der Täter und ihrer Beute gebeten.

\+ + +

Verhaftung eines Brillantendiebes. Die rumänische Polizei verhaftete den internationalen Hoteldieb Enrico Piccoli. Im Besitze des Verhafteten wurde ein grösserer Teil der Schmuckgegenstände gefunden, die der Budape=ster Schauspielerin Erosi Pecsi im verflossenen Frühjahr in Monte Carlo ge=stohlen worden waren.

\+ + +

Kindermord in Liechtenstein. Im Fürstentum Liechtenstein hat eine Bau=ernmagd mit Unterstützung ihres Liebhabers ihre beiden Kinder, einen drei=jährigen Knaben und ein sechs Monate altes Mädchen, in einen Gebirgsbach ge=worfen. Beide Kinder sind ertrunken. Die Mörder wurden verhaftet. Im Für=stentum Liechtenstein hatte sich seit 12 Jahren kein Mordfall mehr ereignet.

Gewerkschaftliche Rundschau

Die Verstümmelung des Krankenschutzes.

SPD. Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages wird flott gearbeitet Man hat es furchtbar eilig mit dem Abbau des Krankenschutzes. Bei der Regierung und den Regierungsparteien hält man es nicht mehr für nötig,den Schein zu wahren. Ganz offen und brutal werden die unglaublichsten Verschlechterungen der Krankenversicherung aufgezwungen, Entscheidend und massgebend sind nicht mehr sozialpolitische Erwägungen, sondern lediglich die Einsparungsforderungen des Finanzministers. Trotzdem ist die Unternehmerpresse noch nicht zufrieden. Sie stellt die Dinge so hin, als ob an der Krankenversicherungsvorlage des Reichsarbeitsministers im Ausschuss Stein um Stein herausgebrochen werde.Sie jammert darüber,dass die vorgesehene Krankenscheingebühr von einer Mark auf die Hälfte heruntergesetzt worden sei. Damit und durch noch einige andere Abänderungen der Vorlage sei schon jetzt eine sehr beträchtliche Verminderung der vorgesehenen Einsparungen herbeigeführt worden.

Die Unternehmerpresse vergisst,dass durch den Abbau der Krankenversicherung mehr als das Doppelte dessen eingespart werden soll, was die Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung ausmacht. Es könnten also sehr wesentliche Abstriche an den vorgesehenen Einsparungen gemacht werden,ohne dass damit die Entlastung der Arbeitslosenversicherung beeinträchtigt würde.Tatsächlich fallen die bis jetzt beschlossenen Erleichterungen gegenüber der Vorlage kaum ins Gewicht. Umgekehrt dagegen die Verschlechterungen. So ist bereits die Kostenbeteiligung an den Arznei=, Heil= und Stärkungsmitteln in Höhe von 50 Pfennig beschlossene Sache,während der Hauptpunkt einer wirklichen Krankenkassenreform, nämlich die Arztfrage, noch nicht geregelt ist.Hier sind die Regierungsparteien sehr schüchtern. Würden sie zupacken,wie sichs gehört, dann erübrigte sich jede andere Massnahme,durch die der Krankenschutz verschlechtert wird. Ohne gründliche Regelung der Arztfrage gibt es keine Krankenkassenreform,sondern nur eine Verstümmelung des Krankenschutzes.Das weiss man auch bei der Regierung. Aber dort will man es mit den Unternehmern nicht verderben. Das zeigte sich im Ausschuss auch bei der Debatte über die Betriebs= und Innungskrankenkassen. Die Innungskrankenkassengründerei ist längst zu einem Skandal geworden,der wiederholt in der Presse besprochen worden ist. Trotzdem denken Regierung und Regierungspartein nicht daran,Wandel zu schaffen, obwohl sie gerade jetzt Gelegenheit dazu hätten. Nach der Vorlage sollen Innungskrankenkassen nur errichtet werden dürfen,wenn deren Mitglieder in die Handwerksrolle eingetragen sind, und wenn in den Betrieben für die Dauer mindestens 150 Versicherungspflichtige beschäftigt werden.Diese Zahl müsste verzehnfacht werden,wenn halbwegs lebensfähige Kassen geschaffen werden sollen. Die sozialdemokratische Forderung,dass zur Errichtung von Innungskrankenkassen mindestens 1 000 und bei gemeinsamen Betriebskrankenkassen 2 000 Versicherungspflichtige erforderlich sein sollen,wurde im Ausschuss abgelehnt. Man sieht, der Bürgerblock will nicht reformieren,er will nur Geld auf Kosten der Kleinen. Und deshalb hat er auch im Ausschuss die Bestimmungen für die Beitragsfestsetzung zu Gunsten der Unternehmer geändert. In Zukunft soll die Grenze bei 6 % liegen ,während sie bisher bei 7½ lag. Die Revisionsmöglichkeiten in der Richtung der Leistungssenkung durch die Arbeitgeber sind damit wesentlich vermehrt worden.

Angesichts all dieser bis jetzt vorliegenden Beschlüsse mutet das Gejammer der Unternehmerpresse über Abstriche an den vorgesehenen Einsparungen der Regierungsvorlage zur Krankenversicherung wie eine Verspottung der Arbeiter an

---

SPD. Wer andern eine Grube gräbt.. So hatte sich die Reichsbahn=Gesellschaft den von ihr geforderten Gehaltsabbau sicherlich nicht gedacht. Sie wollte unten anfangen, nicht oben. Nun muss sie sich sogar vom Reichsverkehrsminister sagen lassen,dass nur der den Teufel austreiben kann,der selbst rein ist. Der Reichsverkehrsminister hat in seiner Beantwortung des Siemens=Briefes an die Reichsregierung, der die Lösung der Reichsbahn von ihren Arbeitstarifbindungen bezweckte,auf die Bezüge der leitenden Beamten der Reichsbahn hingewiesen. Eine sehr wunde Stelle! Sogar in der Unternehmerpresse wird jetzt die Forderung erhoben, dass die Oeffentlichkeit von der Reichsbahn über die Bezüge der leitenden Beamten genau so weit gehend unterrichtet werde,wie das der Staat über die Besoldung seiner Beamten tue. In der von der Reichsbahn besonders unterstützten Presse wird so getan, als ob die Bezüge der leitenden Beamten der Reichsbahn keineswegs so phantastisch gross sind,wie vielfach angenommen wird. Wenn das wirklich der Fall ist, dann istnicht einzusehen,warum sich die Reichsbahn=Gesellschaft so fürchterlich sträubt, die Bezüge der leitenden Persönlichkeiten endlich einmal anzugeben. Nur nicht genieren!

SPD. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten,Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen nahm am Sonnabend in einer Reichskonferenz zur sozialpolitischen Lage Stellung. Nach längerer Aussprache wurde folgende Entschliessung angenommen:

"Die Reichskonferenz des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten hat mit stärkem Befremden und Bedauern von den Beschlüssen des 16. Reichstagsausschusses zu den Abänderungen des Reichsversorgungsgesetzes und des Verfahrensgesetzes Kenntnis genommen. In letzter Stunde richten die Vertreter von 500000 Kriegsopfer an die Abgeordneten des Reichstages die dringende Mahnung den vom 16. Reichstagsausschuss dem Reichstag zur Annahme empfohlenen Gesetzesentwürfen ihre Zustimmung zu versagen. Die geplanten Gesetze greifen in das seit 1922 wiederholt und erheblich verschlechterte Verfahren so ungeheuer ein,dass schwerste Gefahren sich für die gesamten Kriegsopfer in Zukunft bei der Feststellung und Festsetzung der Renten im Verwaltungs= und Spruchverfahren ergeben. Die Einführung einer Sperrfrist und die Einschränkung des Rechtsmittels mit rückwirkender Kraft wird Zehntausende von Kriegsopfern des Rechts der Nachprüfung der von den Verwaltungsbehörden getroffenen Entscheidungen durch die Spruchinstanzen berauben. Gegen solche Massnahmen erheben wir schärfsten Protest und erwarten, dass dieser Hinweis der grössten deutschen Kriegsopferorganisation den Reichstag zur Ablehnung der Gesetzesentwürfe bewegen wird."

SPD. Schliesst die Leichenfelder! Diese Forderung taucht zur Zeit in der Oeffentlichkeit wie in der Presse immer wieder bei der Besprechung des furchtbaren Grubenunglücks in Niederschlesien auf. Ueberall empfindet man es als unerträglich,dass die Bergleute des Waldenburger Reviers,obwohl gerade sie täglich ihr Totenhemd anhaben, so hundsmiserabel bezahlt werden.Immer wieder heisst es in den Erörterungen: wer so wie diese niederschlesischen

Bergleute der Gefahr ausgesetzt ist, sollte wenigstens anständig bezahlt werden. Können die Gruben das nicht, dann sollte man sie schliessen. Die "Frankfurter Zeitung", um eine Stimme herauszugreifen, wirft die Frage auf, ob denn die Produktivität der Kohlenversorgung nicht eben so, ja sogar noch besser fahre, wenn auf die Fortführung dieser gefährlichen Bergwerksbetriebe verzichtet und an günstigerer Stelle die Förderung vermehrt werde. Privatwirtschaftlich – betont das Blatt – sehe sich die Sache natürlich anders an. Aber das Ausschlaggebende bei solcher Betrachtung sollte im Hinblick auf dieses entsetzliche Unglück das Schicksal der Menschen sein, die man in die Gruben einfahren lässt. Gewiss sei die Frage einer Grubenstillegung und der Beschäftigung frei gewordener Bergleute an anderer, weniger gefährlicher Stelle kompliziert und schliesse eine Reihe schwieriger Probleme in sich, trotzdem müsse sie aber aufgeworfen und sorgfältig durchdacht werden, wenn Hunderte und Tausende von Menschenleben durch den bestehenden Zustand täglich aufs Spiel gesetzt werden.

Die Einengung und Verringerung der Gefahrenherde im Bergbau ist eine Frage, des Schweisses der Edlen wert. Sie ist aufgerollt. Sie darf so schnell nicht wieder verstummen. Gruben, die mehr Tote als Brot fördern, sollten geschlossen werden.

SPD. Die Reichshilfe der Beamten soll – das hat sich nunmehr bei den Verhandlungen des Steuerausschusses des Reichstags deutlich herausgestellt – eine Gehaltskürzung sein. Der Bürgerblock will keinen Steuerzuschlag, wie ihn die Sozialdemokratie und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund fordern. Ein solcher Zuschlag würde eine Staffelung der Belastung entsprechend dem Einkommen des Beamten bedeuten. Davon will man aber bei den Regierungsparteien nichts wissen. Ausdrücklich wurde bei den Beratungen von Ministerialdirektor Dr. Zarden herausgestellt, dass die 2½ % des Notopfers eine Lohnkürzung bedeuten sollen.

Der Finanzminister vertritt in der Begründung seiner Vorlage den Standpunkt, dass der gleichmässige Prozentsatz beibehalten werden müsse, weil 1927 die Beamten der unteren Gruppen stärker aufgebessert worden seien als die der oberen. Demgegenüber wird in der Allgemeinen Deutschen Beamtenzeitung, dem Organ des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, sehr nachdrücklich darauf hingewiesen, dass vorher die Beamten der unteren Gruppen nur 17, die der oberen aber 71 % Zulage erhalten hatten.

SPD. Das "Deutsche Arbeitsschutzmuseum" ist zu einer besonderen Reichsbehörde mit dem Sitz in Berlin gemacht worden, die dem Arbeitsministerium untersteht. Seine Aufgaben sollen sich künftig nicht nur auf die Beschaffung und Pflege von Ausstellungsgegenständen beschränken; das Museum soll baulich und organisatorisch auf eine neue Grundlage gestellt werden, damit es besser dem Fortschritt des Arbeitsschutzes und der Gewerbehygiene dienen kann. Auch will man seinen Wirkungsbereich durch die Einrichtung von Lehrgängen, Abhaltung von Vorträgen und dergleichen erweitern. Um das alles zu ermöglichen, musste dem Arbeitsschutzmuseum eine grössere Selbständigkeit und Beweglichkeit gegeben werden.

Wirtschaft Technik Handel

Die Erhöhung der Eisenbahntarife.

(Die Mehrlasten werden auf den Massenverkehr abgewälzt.)

SPD. Die von der Reichsregierung genehmigte Personentariferhöhung, die am 1. September in Kraft tritt, bringt eine grosse Mehrbelastung des Massenverkehrs. Die km-Sätze für die Holzklasse sind um 8% heraufgesetzt worden, die Wochen- und Monatskarten um 10-15% erhöht worden. Die Verteuerung beträgt für den Arbeitnehmer, der die Reichsbahn zum Erreichen seiner Arbeitststelle benutzen muss, je nach der Entfernung 0,80 bis 2 Mark pro Monat. Während so der Massen- und Berufsverkehr beträchtlich verteuert worden ist, ist für die Polsterklasse und die I. Klasse nur eine minimale Erhöhung um ca. 3% der jetzigen km-Sätze vorgesehen worden. Die jetzige Tariferhöhung trägt also einen ausgesprochen unsozialen Chrakter und bedeutet in einer Zeit verringerter Löhne und Gehälter, in der die Regierungskreise für den Lohnabbau eintreten, eine wirtschaftspolitisch wie sozialpolitisch nicht zu verantwortende Massnahme.

Es versteht sich von selbst, dass in einer schweren Wirtschaftskrise, in der die Wirtschaft daniederliegt und die Lebenshaltung aufs äusserste gedrückt ist, Tariferhöhungen, wenn irgend möglich, vermieden werden müssen. Nun ist auf der anderen Seite nicht zu verkennen, dass die Reichsbahn von der Wirtschaftskrise auch betroffen worden und ein beträchtlicher Einnahmeausfall eingetreten ist. Diesem Einnahmeausfall stehen aber auch erhebliche Ausgabenminderungen gegenüber. So sind nach Angabe des Einheitsverbandes der Eisenbahner allein die Personalausgaben durch die Entlassungen von 30 bis 40 000 Arbeitern um 50 bis 80 Millionen Mark verringert worden; dazu kommen noch Ersparnisse durch die zahlreich eingelegten Feierschichten in den Werkstätten. Die Sachausgaben haben sich naturgemäss infolge der rückgängigen Verkehrsleistung verringert und endlich kann und muss der Preisabbau bei der Reichsbahn, die alljährlich für 1½ Milliarden Mark Aufträge an die Industrie vergibt, nicht spurlos vorbeigegangen sein. Wenn die Reichsbahn auch nur im Durchschnitt eine 5%ige Preissenkung beim Einkauf ihrer Materialien, Fahrzeuge etc. durchsetzen könnte, so würde sie damit 75 Millionen Mark ersparen, also mehr als ihr die jetzige Erhöhung der Personentarife (45 Millionen pro Jahr) erbringen soll.

Dabei ist das Reichsbahndefizit gar nicht so beträchtlich, wie es in der Oeffentlichkeit dargestellt wurde, und die Reichsbahn hätte sich durch die genannten und noch andere Betriebsersparnisse sowie unter Heranziehung ihrer grossen Reserven auch ohne die rücksichtslose Mehrbelastung des Massenverkehrs durchhelfen können. Der Reichswirtschaftsminister hat noch vor 4 Tagen in seiner Etatrede erklärt, dass das zu erwartende Defizit in der Oeffentlichkeit weit überschätzt worden ist. Er hat ferner darauf verwiesen, dass bei der Reichsbahn "nicht nur ein erheblicher Vortrag und nicht nur starke Reserven im Ausgleichsfond vorhanden sind, sondern dass das Reich auch seinerseits in der Lage wäre, im bescheidenen Umfang der Reichsbahn zu helfen." Die Reichsbahn ist nach dem neuen Reichsbahnstatut berechtigt, von ihrem angesammelten Reservefond in Höhe von 1½ Milliarden Mark bis zu 75 Millionen Mark für die Dividendenzahlung auf die Stamm- und Vorzugsaktien zurückzugreifen, Es besteht fernerhin der grosse Gewinnvortrag in Höhe von 170 Millionen Mark. Nach eigenen Angaben der Reichsbahnverwaltung sind flüssige, verfügbare Reserven in Höhe von ½ Milliarde Mark vorhanden. Unter diesen Umständen hätte die Reichsbahn

unbedingt von einer Erhöhung der Personentarife absehen müssen und sich durch Heranziehung ihrer Reserven und durch Betriebsersparnisse über das Krisenjahr hinweghelfen können.

Ausserdem bestehen aber auch noch andere beträchtliche Einsparungsmöglichkeiten. Von der Eisenbahnerschaft ist immer wieder die Abschaffung des Systems der Leistungsprämie gefordert worden, für die die Reichsbahn alljährlich viele Millionen Mark ausgibt. Jetzt melden sich sogar die bürgerlichen Blätter, u.a. die "Kölnische Zeitung", in dieser Frage zum Wort und kritisieren dieses System aufs schärfste und fordern seine sofortige Beseitigung. Zur Frage der enormen Gehälter der oberen Reichsbahnbeamten hat der Verkehrsminister erst vor wenigen Tagen bekanntgegeben, dass schon nach den vorhandenen Informationen feststehe. "dass die Gehälter der oberen Reichsbahnbeamten ein vielfaches der Bezüge der höchsten Reichsbeamten betragen".

Bei diesen vorhandenen grossen Reserven und Ersparnismöglichkeiten hätte die Reichsregierung unter keinen Umständen die Aufbürdung neuer Lasten durch Erhöhung der Personentarife zulassen dürfen. Der Reichsverkehrsminister hat jedoch der Reichsbahn geradezu diesen Weg gewiesen, indem er auf der letzten Tagung des Eisenbahnrates, ohne "im geringsten den Entscheidungen vorgreifen zu wollen", eine allgemeine Erhöhung der Personentarife anempfohlen. Diese Massnahme wird aber auch fiskalisch nicht den erwarteten Erfolg haben. Schon die letzte Personentariferhöhung vom Oktober 1928 hat die tragbaren Grenzen überschritten; statt des erwarteten Einnahmeplus von 50 Millionen Mark ist infolge Einschränkug der Reisen ein Einnahmeminus von 35 Millionen Mark eingetreten. Auch diesmal wird die unausbleibliche Folge der Tariferhöhung ein weiterer Verkehrsrückgang sein.

Es ist auch irreführend, wenn die Reichsbahn immer wieder behauptet, dass die Personenbeförderung sehr beträchtliche Zuschüsse erforderte. Bis heute sind hinreichende Beweise dafür nicht erbracht worden. Eine exakte Aufteilung der Kosten für den Personen- und für den Güterverkehr ist wahrscheinlich überhaupt nicht möglich. Im übrigen hat in den letzten Jahren die grössten Mehraufwendungen der D-Zug- und Expressverkehr erfordert, der infolge der beschleunigten Geschwindigkeit der Züge grosse Kosten für die Verbesserung des Oberbaues erforderlich machte. Da die Reichsbahn entgegen ihren, bei der vorletzten Tarifsteigerung gegebenen Versprechen, die I. Klasse abzuschaffen, diese dennoch in allen wichtigen Fernzügen weiterlaufen lässt, mussten nach der Ermässigung des Preises für die II. Klasse grosse Aufwendungen für neue Wageneinstellungen gemacht werden. Gerade die höheren Klassen und der D-Zugverkehr werden von der Reichsbahn auf unverständliche Weise geschont und alle Mehrlasten auf den Massenverkehr abgewälzt.

Wir glauben also nicht, dass der Personenzugverkehr der Holzklasse für die Reichsbahn Zuschüsse erfordert. Aber selbst, wenn dies so wäre, dürfte die Reichsbahn nicht diesen Massenverkehr noch weiter belasten, da die jetzigen Tarife schon die sozial tragbare und fiskalisch zweckmässige Höhe überschritten hat. Allen in der Oeffentlichkeit erhobenen Vorstellungen zum Trotz hat die Reichsregierung trotzdem diese unsoziale, wirtschaftlich schädliche und fiskalisch nutzlose Tariferhöhung angeregt und genehmigt. Diese Massnahme reiht sich würdig in den von der Regierung Brüning verfolgten Kurs ein.

SPD. Das Konjunkturforschungsinstitut beschäftigt sich in einer längeren Abhandlung mit dem Problem der Lohnsenkung und die Auswirkungen niedriger Löhne auf die Märkte. Es kommt zu dem Schluss, "dass jede lohnpolitische Massnahme, die nach einer Richtung hin getroffen wird, in ihrer konjunkturpolitischen Wirkung wegen der doppelten Funktion der Löhne ins Gegenteil ausschlagen kann. Senkung der Löhne bedeutet - nach der Kostenseite hin - Erleichterung der Kosten, bietet somit die Möglichkeit, die Preise zu senken und würde dadurch den Absatz fördern, wenn nicht gleichzeitig durch eine Senkung der Löhne auch eine Schwächung des Binnenmarkts euntreten würde. Bei sinkenden

Preisen würde ein Gleichbleiben der Löhne oder gar eine Lohnerhöhung andererseits den Binnenmarkt stärken, den Absatz der Konsumgüterindustrien anregen und so die Voraussetzung für neuen Aufschwung stützen, wenn nicht gleichzeitig dadurch die Senkung der Preise gehemmt werden würde, die ebenfalls eine der Voraussetzungen für eunen neuen Aufschwung bildet."

Ein schlimmeres Urteil ist über die Lohnsenkungspolitik des deutschen Unternehmertums, für das sich ja auch die Reichsregierung einsetzt, bisher wohl kaum gefällt worden. Es ist, wie das Institut für Konjunkturforschung besonders betont, unmöglich, die Wirkungen einer Lohn- bezw. Preissenkung quantitativ genau durchzurechnen, weshalb, so wird weiter gefolgert, "gemeingültige Grundsätze hier nicht aufgestellt werden können und dass von generellen Regelungen Wirkungen auszugehen vermögen, die konjunkturpolitisch unseres Erachtens gerade das Gegenteil dessen bewirken, was beabsichtigt." Hoffentlich wird die Regierung diese Warnung verstehen und beherzigen.

Die gegenwärtige Krise ist eine ausgesprochene Rationalsierungs- und damit Absatzkrise. Wenn man positive Konjunkturpolitik treiben will, muss man das Problem von der Seite eines erhöhten Absatzes auffassen. Das erfordert möglichst pflegliche Behandlung des Arbeitseinkommens, das ja den grössten Teil des Volkseinkommens ausmacht. In Krisenzeiten, wie wir sie gegenwärtig auf Grund einer verfehlten Rationalisierung haben, muss eben die Kapitalsbildung vorübergehend zu Gunsten einer Aufforstung der Absatzmärkte eingeschränkt werden. Das geht nur auf dem Wege einer Verminderung der Profitquote. Die Profitquote, der Verdienst pro Wareneinheit, ist während der Krise gestiegen. Hier müsste eine Reduzierung zur Belebung des Absatzes erfolgen.

SPD. Die Reichsregierung hat auf Grund der ihr vom Reichstag erteilten Ermächtigung eine Verordnung erlassen, die Importeure und Hersteller von Treibstoffen bis Ende 1931 verpflichtet, von der Reichsmonopolverwaltung 2,5% Sprit des Eigengewichts der eingeführten oder im Inlande hergestellten Treibstoffmengen zu beziehen. Der Prozentsatz kann sich im Rechnungsjahr 1931 auf 3% und für 1932 auf 3,5% erhöhen. Die Bezugspflichtigen müssen einen Bezugsschein über die betreffende Menge Sprit erwerben, der drei Monate gültig und nicht übertragbar ist. Der Preis des Sprits beträgt 80 Mark das Hektoliter. Wünscht der Bezugspflichtige den Sprit nicht abzunehmen, so erhält er 15 Mark pro Hektoliter zurückerstattet.

Es ahndelt sich also nicht um einen Spritbeimischungs-, sondern um einen Abnahmezwang. So führt der der Reichsernährungsminister seine Subventionspolitik, die ausschliesslich dem Grossgrundbesitz zugute kommt, durch. Dazu schreibt uns der Reichsverband der deutschen Automibilindustrie: "Das Bedenkliche dieser Neubelastung ist, dass durch den steigenden Treibstoffbedarf und durch die Möglichkeit einer ständigen Steigerung der Abnahmequoten die Belastung für die Kraftverkehrswirtschaft auf 50,60 Millionen usw. ins Ungemessene steigen kann. Es ist auch bekannt, dass die Vorräte der Monopolverwaltung ausserordentlich angewachsen sind, da sie bei Verschlechterung der Wirtschaftslage ihren Trinkbranntwein, den Weingeist für kosmetische Zwecke usw. zu den hohen Monopolpreisen nicht mehr absetzen kann. Auf der anderen Seite besteht für sie ein Abnahmezwang von den Spriterzeugern; einen Ausgleich durch Herabsetzung der Monopolpreise scheint sie nicht zu suchen, sondern allein durch das höchst bedenkliche Mittel einer Ausdehnung der Zwangswirtschaft eine Sanierung anzustreben."

Dass die Politik des Branntweinmonopols sich festgefahren hat und sich in Subventionen für die Grosslandwirtschaft verblutet, ist selbstverständlich. Hinzu kommen schwere technische Bedenken. Ueber die Materialzerstörende Wirkung des Sprits liegen Gutachten von Prof. Wawrziniok in Dresden aus den Jahren 1927 und 1929 vor, die gegen eine generelle Verwendung von Weingeist für Treibstoffe schwere Bedenken hervorrufen müssen. Auch diese Seite der Angelegenheit muss noch geprüft werden. Es bedarf vor allem der Klärung, was nun in der Wirtschaft vorangeht, die künstliche Aufrechterhaltung bankrotter Grossbetriebe in Ostelbien oder unsere Kraftverkehrswirtschaft.

Roggen freundlicher.

(Berliner Getreidebörse vom 12. Juli.)

SPD. Zum Wochenschluss war das Geschäft an der Berliner Produktenbörse, die zum ersten Mal in gekürzter Form stattfand. nur verhältnismässig gering. Die Tendent war wiederum nicht einheitlich. Weizen lag infolge der flaueren Auslandsmeldungen bei verhältnismässig stillem Geschäft schwächer, während Roggen das Hauptinteresse beanspruchte. Die Landwirtschaft hielt infolge des regnerischen Wetters mit Angebot zurück. Umsätze fanden nur zu höherem Preise statt. Entsprechend war auch die Lage am Markt der handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte. Weizen war bis zu 2½ Mark zurückgegangen, während Roggen bis zu 2 Mark befestigt war. Auch der Mehlmarkt entsprach dieser Tendenz: Weizenmehl lag nach wie vor ruhig, Roggenmehl besser gefragt und höher. In Hafer war das Angebot klein und die Forderungen befestigt. In Wintergerste fanden nur geringe Umsätze statt.

	11. Juli	12. Juli.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	284 - 287	-
Roggen	172 - 177	172 - 177
Braugerste	-	-
Futter- und Industriegerste	170 - 190	170 - 190
Hafer	163 - 169	163 - 169
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	32,50 - 40,50	32,50 - 40,50
Roggenmehl	22,65 - 25,25	22,85 - 25,40
Weizenkleie	10,25 - 10,75	10,50 - 11,oo
Roggenkleie	9,75 - 10,50	10,oo - 10,60

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 288½, September 260, Oktober 261. Roggen Juli 175, September 182, Oktober 184½. Hafer Juli - September 180, Oktober 182.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 12. Juli: I. 145 Mark, II. 135 Mark, III. 119 Mark je Zentner. Tendenz: fest.

SPD. Nach dem Steueraufkommen im Rechnungsjahr 1929/30 stellt sich die Bierproduktion auf 58,1 Millionen Hektoliter. Die Mehrerzegung gegenüber dem Vorjahr macht 3 Millionen hl = 5,5% aus.

SPD. Während der deutsche Einzelhandel immer wieder behauptet, er habe durch "Weisse Wochen" und "Sondertage" hinreichend genug für die Preissenkung getan, geht der amerikanische Einzelhandel grosszügig an die Preissenkung heran. Die grossen amerikanischen Versandhausfirmen Montgomery Ward & Co. und Sears Roebuck & Co., Chikago kündigen umfassende Preisherabsetzungen an, durch die bei vielen Artikeln der Verkaufspreis auf den niedrigsten Punkt seit Kriegsende gesenkt wird.

Deutscher Reichstag

198. Sitzung vom 12.Juli, 1 Uhr.

SPD. Präsident Löbe teilt bei Eröffnung der Sitzung mit, dass vom Präsidenten des Danziger Volksrats ein Beileidstelegramm zu der Grubenkatastrophe in Hausdorf eingegangen sei.

Eine Vorlage auf Angleichung einiger Vorschriften der Zivilprozessordnung über das schiedsrichterliche Verfahren an das Genfer Abkommen wird dem Rechtsausschuss überwiesen.

In der dann folgenden dritten Beratung des Gesetzes über die Fälligkeit der Aufwertungshypotheken wird das Wort nicht verlangt. Präs. Löbe stellt die Abstimmungen wegen der schlechten Besetzung des Saales zurück.

Es folgt die zweite Beratung der Vorlage, durch die der Vermahlungszwang für Inlandsweizen zur dauernden Einrichtung gemacht wird.

Abg. Frau Wurm (Soz) beantragt die sofortige Aufhebung des Vermahlungszwangs, der zu einer Verteuerung des Brotes führe. - Abg. Hoernle (Komm) fordert gleichfalls die Abschaffung des Vermahlungszwanges. - Reichsernährungsminister Schiele erklärt, er werde vor Festsetzung der Vermahlungqquote den Volkswirtschaftlichen Ausschuss hören. - Abg. Peine (Soz) beantragt, in das Gesetz eine Bestimmung über die Kontrolle des Brotgewichtes einzufügen, wie sie im Brotgesetz abgelehnt worden ist. - Der Antrag Peine wird abgelehnt. - Das Gesetz wird gegen Sozialdemokraten und Kommunisten in dritter Beratung angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat. - Abg. Dr. Everling (Dn) erklärt, die Deutschnationalen würden die Vorlage ablehnen, da sie keine Reform des Wirtschaftsparlaments bringe, sondern das bisherige System verewige. - Die Abstimmungen über das Gesetz werden um 2 Uhr auf Montag vertagt.

Auf der Tagesordnung der Montagsitzung, die um 3 Uhr beginnt, steht ferner die 2.Beratung der Osthilfe und des Weingesetzes sowie die Abstimmung über das Aufwertungshypotheken-Gesetz.